

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

GZ: BMGF-11001/0400-I/A/5/2016

Wien, am 15. Februar 2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 11158/J der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein und weiterer Abgeordneter** nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Fragen 1 bis 4:

- *Wie beurteilen Sie die durch eine Unternehmensberatung wiedergegebene Bewertung des Systems der Primärversorgung?*
- *Wie bewerten Sie die Analyse, dass eine medizinische Befundung in einem Primärversorgungszentrum um 60 Prozent teurer ist, als bei einem niedergelassenen Arzt?*
- *Wie bewerten Sie das Ergebnis, dass jährlich allein eine halbe Milliarde an Mehrkosten durch die Einführung von Primärversorgungszentren entstehen können?*
- *Wie bewerten Sie das Ergebnis, dass es mittelfristig zu einer Leistungsreduktion im niedergelassenen Bereich von 40 Prozent kommen wird?*

Da meinem Ressort die Analyse im Detail nicht bekannt ist, ist eine Beurteilung nicht möglich. Es kann auch nicht nachvollzogen werden, auf welche Annahmen sich die gegenständliche Analyse stützt, zumal Detailregelungen hinsichtlich Primärversorgungseinheiten noch ausständig sind. Die Aussagekraft einer solchen Bewertung ist daher grundsätzlich in Frage zu stellen. Das gilt insbesondere für ökonomische Aussagen, weil ein neues Vertragsrecht ja erst in Ausarbeitung ist. Auch die angeführte 40%ige Leistungsreduktion im niedergelassenen Bereich ist lediglich eine Behauptung, weil der Versorgungsauftrag von Primärversorgungseinheiten gesetzlich erst geregelt wird. Unbestritten ist aber, dass durch die Implementierung von Primärversorgungseinheiten die Attraktivität des Berufsbildes der

Allgemeinmedizinerin/des Allgemeinmediziners verbessert und dadurch ein Anreiz zur Ausübung dieses Berufes geschaffen werden soll.

Frage 5:

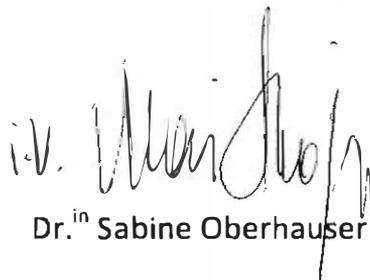
- *Wie bewerten Sie das Ergebnis, dass den niedergelassenen Ärzten durch Kooperationen, Vergesellschaftung und Anstellungsmöglichkeiten mehr Freiräume für eine Verbesserung des Leistungsangebots zugestanden werden sollen?*

Das wird grundsätzlich positiv gesehen, zumal in den von uns beabsichtigten Primärversorgungseinheiten insbesondere die strukturierte Zusammenarbeit zwischen Ärzt/inn/en sowie von Ärzt/inn/en mit anderen Gesundheitsberufen im Zentrum steht.

Frage 6:

- *Wie bewerten Sie das Ergebnis, dass die Leistungskataloge dringend an die demografische und medizinische Realität angepasst werden müssen?*

Ich teile diese Ansicht. Daher ist die Anpassung des Vertragswesens und der Honorierungssysteme an die Anforderungen einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung ein wesentlicher Punkt des zukünftigen Programms der zwischen dem Bund, den Ländern und der Sozialversicherung vereinbarten partnerschaftlichen Zielsteuerung-Gesundheit.


Dr.ⁱⁿ Sabine Oberhauser

